

Protokoll der Programmkonferenz der DFG-VK am 5. Februar 2011 in Berlin, Haus der Demokratie, 13.00-18.00 Uhr

(Einladung: Zivilcourage 5/2010 oder <http://www.dfg-vk.de/aktuelles/aktionen/2010/567>)

TeilnehmerInnen:

Bernd (Hessen, BSK), Christian (Hamburg/Schleswig-Holstein), Christiane (Mecklenburg-Vorpommern), Cornelia (Mecklenburg-Vorpommern), Eugen (Berlin-Brandenburg), Frank (Berlin-Brandenburg), Gerit (Berlin-Brandenburg), Gottfried (Hamburg/Schleswig-Holstein), Lothar (Berlin-Brandenburg), Marlene (Bremen/Niedersachsen), Monty (Mecklenburg-Vorpommern, BSK), Stefan (Baden-Württemberg), Titus (Berlin-Brandenburg); ab 15 Uhr Elsa (Berlin-Brandenburg)

Begrüßung, Einführung (Cornelia):

Ausgangspunkt: verschiedene Standpunkte in der DFG-VK zu Aktionen; Selbstverständnis der DFG-VK tangiert; Notwendigkeit einer Programmdiskussion – Widersprüche und Ungleichgewichte im Programm vermutlich nicht durch Textkritik (= meine ursprüngliche Idee) zu beseitigen: Programm berücksichtigt nicht die reale Situation, in der sich die DFG-VK befindet; Programmdiskussion sollte Slots für Punkte eines neuen Programms eröffnen

Ablauf: Inputs in thematischen Blöcken, nachfolgend jeweils Diskussion

Vorstellungsrunde

Input DFG-VK im Krieg (Frank):

(Bezugnahme auf Buch von Guido Grünwald – 1992 - über 100 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft:) DFG versagte im 1. Weltkrieg; Mitglieder wollten nationale Zuverlässigkeit unter Beweis stellen = Patriotismus; subjektiv ehrliche Haltung

Grundsatzerklärung, die jedes Mitglied beim Eintritt unterschreibt, sollte nicht geändert werden; sie zeigt aber bereits, wie unzulänglich die programmatische Aufstellung der DFG-VK ist: Wie soll das Mitglied handeln, wenn die (Zitat) „Kriegsursachen“ schon wirken? Ist (Zitat) „keine Art von Krieg zu unterstützen“ nicht zu passiv?

das Programm gibt keine Antwort auf die Frage, wie AntimilitaristInnen – wenn die Verhinderung des Krieges gescheitert ist – konkret gegen tatsächliche Kriegspolitik vorgehen sollen/können; DFG-VK ist gegen den Krieg in Afghanistan, aber es gibt innerhalb des Verbandes keine Verständigung darüber, WIE gegen ihn vorzugehen ist – auch daraus resultieren Spannungen im Verband

wichtige Punkte für ein neues Programm:

- Selbstverständnis: DFG-VK nicht nationalistisch (vgl. 1. Weltkrieg), sondern internationalistisch, solidarisch (auch bedenken: Deutschland kann den Krieg verlieren – wie mehrheitsfähig sind wir unter möglichen Patrioten mit einer Antikriegshaltung?)
- Mittel: pazifistisch, aber Mittel können verschieden gewichtet werden; MEHR Mittel des zivilen Ungehorsams – etwa Blockaden. Diskutiert werden müsste auch das Verständnis des Begriffs ziviler Ungehorsam und die Überschneidung zu „Wehrkraftersetzung“. In anderen europäischen Ländern zertrümmern pazifistische Gruppen mit christlicher Motivation Kriegsflugzeuge oder anderes Kriegsgerät
- Verankerung in der Gesellschaft: Die deutsche Gesellschaft nimmt den Krieg faktisch widerstandslos hin – möglich und denkbar ist, dass entschlossener Antimilitarismus nicht in jedem Fall auf die Unterstützung von „Umfragemehrheiten“ gegen den Krieg rechnen kann. Frage: Darf uns das hindern, antimilitaristische Aktionen zu machen, wenn wir sie für sinnvoll einschätzen?
- Strafverfolgung, Repression: werden zunehmen

k

Diskussion:

- Grundsatzerklärung ist die der WRI; enthält bei allem defensiven Charakter auch eine Aufforderung zur Werteentscheidung an den Einzelnen; unter Kriegsbedingungen ist auch die persönliche Handlungsebene angesprochen – Bekenntnis gegen Krieg ist kein Selbstzweck; aber wie der Bevölkerung zeigen, dass der Wille gegen den Krieg auch wirksam umgesetzt wird? > Frage der Mittel
- verschiedene Traditionslinien in der DFG-VK, auch deshalb Spannungen
- Diskussionen innerhalb des Verbandes finden kaum statt, bestenfalls auf dem Bundeskongress auf Anträge hin; Papiere liegen vor, werden aber nicht eingesetzt; Ergebnisse von Diskussionen, so es sie denn doch gibt, werden nicht wirksam; DFG-VK arbeitet nicht wirklich bundesweit: Einzelinitiativen, einzelne starke Landesverbände dominieren
- verschiedene Ansichten darüber, ob eine Änderung des Programms nötig ist. Genügt es, dass das Programm allgemeine Grundsätze benennt? Besteht das Problem eigentlich darin, dass das Programm unterschiedlich interpretiert wird? Andererseits wäre es besser, nicht auf einem beliebigen Verständnis des Programms fußend weiterzuarbeiten, sondern auf der Grundlage eines geänderten, vereinheitlichten Verständnisses; Programmdiskussion als Mittel zum Zweck: Schaffen wir es, den Konsens herzustellen?; Programm soll aber auch nicht nur zur Selbstverständigung innerhalb des Verbandes dienen, sondern auch attraktiv für Menschen von außerhalb sein
- zu defensiver Umgang mit dem Programm auch deshalb nicht sinnvoll, weil ohne Änderungen am Programm bei jeder Aktion grundsätzlich diskutiert werden müsste; Menschen von außerhalb werden auch durch Aktionen gewonnen; die Menschen sehen hin: Arbeitet man so gegen den Krieg, wie wir es tun?; heute in die DFG-VK Eintretende möchten konkrete Antikriegsarbeit leisten – sie könnten aber „verwundert“ sein, wenn sie sehen,

dass im Programm der DFG-VK der Krieg als etwas sehr fern Liegendes beschrieben wird, nicht aber als ein Phänomen, das seit 10 Jahren zum Alltag der BRD-Politik gehört

- Patriotismus-Probleme, ökonomische Fragen: Menschen fühlen sich nicht, als seien sie im Krieg, und Deutschland hat Vorteile vom Krieg; auch dazu müsste es im Programm Aussagen geben; auch die Bundeswehr spricht sich in Deklarationen langfristig und strukturell für eine friedliche Welt aus > Programm der DFG-VK muss auch die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln
- Programmänderungen oder -erweiterungen? Programm alle fünf Jahre anpassen?

Input Provokation als Mittel (Eugen):

oft beschworene Mehrheit für den Frieden in der Bevölkerung ist kaum zu fassen, schon gar nicht bei Aktionen zu sehen

aber: wer nur gegen den Krieg ist, ohne aber etwas gegen ihn zu unternehmen, unterstützt ihn!; Deshalb ist zu erwägen, ob „Mehrheit für den Frieden“ mit als eine Kriegsursache zu betrachten ist.

immer nur eine Minderheit wird persönlich zur Aktion bereit sein (soziologisch belegbar durch Massenphänomene der Akzeptanz von „spießiger“ Lebensweise, Mainstreammusik u.ä.); auch dieser Minderheit muss eine Identität verschafft werden (Identität entsteht auch durch Ungewöhnliches, vergleiche Schwulenbewegung); diese Minderheit zeigt der Mehrheit, dass sie mit am Krieg schuld ist. Ein Mittel, dies aufzuzeigen und dadurch das Ziel zu verfolgen, die Mehrheit ebenfalls zu konkretem Handeln zu „provozieren“, kann eben die Provokation sein. > diese Botschaft ist in dieser Form vermittelbar, aber nicht mehrheitsfähig; konkretes Beispiel: Aktion Schampusaufen; Fehler bei der Durchführung der Provokation, aber Grundelemente offen und dynamisch – auch selbst viel dabei gelernt

Programm muss klarstellen, dass es verschiedene Aktionsformen geben kann

Input Gesicht zeigen (Gerit):

wie gegenüber der „demokratischen Mitte“ verhalten?; zusätzliche Strategien nötig

Staat will ruhiges Hinterland für seine Kriegführung > unsere Mittel müssen sich ändern

Beispiele für Repression aus der jüngeren Vergangenheit. Heiligendamm = demokratiefreie Zone; Gelöbnix 2009 > kein Gelöbnix 2010 in organisierter Form mehr; Badelatschenaktion im Bundestag > Strafverfahren

Es ist einerseits politisch sinnvoll, in der Öffentlichkeit mit dem Label DFG-VK aufzutreten, um den Verein bekannt zu machen und ihm ein Gesicht zu geben. Das betreiben auch sämtliche Gliederungen. Andererseits ist es legitim, wenn sich AktivistInnen nicht einer Vielzahl von Strafverfahren aussetzen wollen und deshalb manche Aktionen auch ohne „individuelle“ Zurechnungsmöglichkeit durchführen. Das macht es nötig, verbandsinterne Dogmen wie „mit Namen und Gesicht auftreten“ zu überprüfen, DFG-VK darf nicht sagen, sie habe mit solchen Aktionen ihrer Mitglieder nichts zu tun

Diskussion:

- Mittel nicht ohne Inhalte diskutieren: Provokationen sind gerade in der gegenwärtigen politischen Situation gutes Mittel, um Dinge auf den Punkt zu bringen und zu polarisieren; manchmal ist das, was zwei tun, effektiver als das, was hundert tun (und erstere dabei von ihrem Tun abhalten); Erfahrung: 10 Jahre lang Flugblätter verteilt zu haben, erbringt keine befriedigende Bilanz, auch Saalveranstaltungen mit 20 Teilnehmern werden in ihrer Effektivität unterschiedlich beurteilt; DFG-VK läuft Gefahr, als Luschenverein wahrgenommen zu werden
- aber: konkrete Provokationsformen, hinter denen der ganze Verband steht, schwer vorstellbar; Begriff der Gewaltfreiheit steht im Raum; Grenzbereich Gewaltfreiheit: Was ist Farbbeutelwerfen?; darüber muss man sich vorher unterhalten
- Toleranz, Sympathie und Solidarität erforderlich: auch nicht allen gefällt Auftritt der DFG-VK z.B. auf Kirchentag; Mitglieder wollen aber gemeinsam ihre Vorstellungen von einer besseren Welt verwirklichen > keine Distanzierung!; gerade jetzt ist es nötig, jeden zu aktivieren
- Provokation bedeutet immer, dass anderen etwas aufgezwungen wird; nicht von jedem Verständnis für alles einforderbar, allerdings muss Solidarität des VORSTANDES mit den Aktivitäten der Gliederungen gegeben sein, mindestens in dem Sinn, dass es keine Zusammenarbeit mit der Polizei und keine Distanzierung gibt; DFG-VK-Vorstandsmitglieder, die sich wählen lassen, müssen auf Grund der Zusammensetzung der Mitgliedschaft und des gegenwärtigen Programms darauf gefasst sein, dass in dem Verband, dem sie vorstehen, verschiedene Mittel für Aktionen eingesetzt werden; wir orientieren uns „an der moralischen Legitimität der Ziele und Mittel, nicht an der formalen Legalität“ (DFG-VK-Programm); außerdem: sich solidarisch zu erklären ist mehr, als sich (schadenfroh) danebenzustellen
- für den Verband als eingetragenen Verein Provokation schwieriges Mittel? Andererseits: Provokation ist bewusst nicht beantragt worden, damit sich der Verband nicht beschränken lassen muss; Risiko für die Berufsausübung einzelner Mitglieder? > Solidaritätskampagne bei Berufsverboten!; bei Aktionen Verantwortung für die Akteure und Pressereaktionen mit bedenken, auch Kommunikation im Verband verbessern, Gespür dafür entwickeln, wo Probleme entstehen können; Kontroversen müssen offengelegt und diskutiert werden; unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte im Verband sind lange Realität, andererseits ist die Breite und Vielfalt der DFG-VK sehr wertvoll – wie kann die DFG-VK wieder zu einer internen Diskussionskultur kommen?
- jedes Mal beim BA im Rahmen der Programmdiskussion konkretes theoretisches Thema diskutieren?; Parteien tun das in ihren Anfangsphasen auch; plus: Wie entwickeln wir schnell verschiedenste Aktivitäten, um Soldatentum, Krieg, Afghanistan unmöglich zu machen?

Input Bündnispolitik (Monty):

Verzicht auf Gewalt bei Auseinandersetzungen soll nicht infrage gestellt werden, aber müssen sich auch Bündnispartner schon im Vorfeld für Gewaltfreiheit erklären? Das muss geklärt werden; Anlässe: Anträge und Beschlüsse an die vergangenen Bundeskongresse und BAs, v.a. vom Landesverband Bayern, zu z.B. Bündnispartnern im Allgemeinen, Tag-Y-Aktion und Verlinkung von Bundeswehr wegtreten

DFG-VK ist auch eine bunte Gesellschaft, Widerspiegelung der Gesellschaft der BRD, allerdings ohne Rechtskonservative und Faschisten, die vermutlich auch schon durch die Grundsatzerklärung vom Eintritt abgehalten würden

allerdings: $\frac{3}{4}$ der Mitgliedschaft sind über 45 Jahre alt, $\frac{7}{8}$ älter als 35 > Potenzial für Veränderungen?; andererseits kann die DFG-VK regional als Bündnispartner für z.B. Gewerkschaften und Jugendliche akzeptiert sein

Buntheit ist Vorteil, aber gegenwärtig auch Nachteil: für Offenheit; andererseits kann sich die DFG-VK aus ihrer Buntheit heraus auch immer wieder selbst erneuern und auf neue Bündnispartner zugehen - wenn die Mitglieder tolerant sind und eine rege Kommunikation untereinander führen

Input Repression / Antirepression; Verhältnis der Gremien, Fortsetzung der Diskussion (Cornelia):

= in erster Linie Satzungsfragen

Aktionskonferenz hat gezeigt, welcher Aktivismus möglich ist; viel Gelegenheit: Büchel, Nato-Proteste, Aktionen wie Tag Y, ...; Repression wird weiter zunehmen

wenn sich Aktive für die Ziele des Verbandes engagieren, müssen sie auch erwarten können, dass der Verband etwas für sie tut; Unterstützung nur auf Zuruf reicht nicht aus; stabile Kontakte zu Rechtsanwälten nötig; Solifonds auflegen, wenn die Finanzen des Verbandes keine kontinuierliche Antirepressionsarbeit erlauben

Landesverbände kennen einander zu wenig

Vorschläge:

- Besuchsprogramme zwischen den Landesverbänden entwickeln
- BA-Sitzungen an wechselnden Orten
- Ständige Programmkommission einrichten, die jedem BuKo berichtet und ggf. Aktualisierungsvorschläge für Programm und Satzung macht
- Theoriekonferenz einrichten, vielleicht parallel zur Aktionskonferenz

Diskussion:

- Bündnispolitik ist immer praktisch: man muss mit anderen reden; offizielle Politik ist heute so, dass man mit allen möglichen Kräften Bündnisse schließen muss, um noch etwas zu

erreichen; Mehrheit der Bevölkerung ist nicht pazifistisch und gewaltfrei eingestellt; Frage der Gewalt nicht dogmatisch behandeln, sondern jeweils vor Ort konkrete Aktionsabsprachen treffen

- anderswo in der Friedensbewegung wird Diskussion über Gewalt aus Angst vor dem „Schwarzen Block“ vermieden; schon ziviler Ungehorsam Türöffner für Steinwerfer, die Aktionen anderer kaputt machen?; in Berlin objektiv andere Kontakte zu Gewaltbereiten gegeben als anderswo; solche Verbindungen nicht nur nicht beenden, sondern suchen – verstehen lernen, wie Menschen denken, die zu solchen Maßnahmen greifen; Definition von „Gewalt“ nötig; unterscheiden: Gewalt gegen Personen / Gewalt gegen Sachen
- Diskussion zum Thema Gewalt in die Breite tragen; Diskussionsforum mit angemeldeten Teilnehmern im Internet eröffnen? / allerdings: interner Bereich auf der Homepage der DFG-VK bereits vorhanden, wird nur nicht genutzt!
- Wie lässt sich Effektivität einer Aktion messen? An der Medienresonanz? (aber: Medien manipulieren, schotten Bevölkerung ab, fliegen mit Ministern nach Afghanistan, ...) Am Beitrag zum weiteren Aufbau der Bewegung? An der Teilnehmendenzahl?
- Programmdiskussion fortsetzen; auf BA? Jemanden von außen einladen? Konferenz einberufen?; erste mögliche Themen: Bündnispartner, Legalität

Einleitung zur Abschlussdiskussion / erstes Fazit (Cornelia):

hier und heute erste reale Programmdiskussion geführt, Vertreter aus 6 Landesverbänden waren beteiligt

Schwerpunkte laut Einladung haben sich bewährt: DFG-VK im Krieg, Provokation

aber noch keine konkreten Absprachen getroffen; noch nicht klar, inwieweit das Programm geändert werden soll; Rahmen für die weitere Diskussion muss gefunden werden

sehr deutlich geworden, dass die gegenseitige Verständigung im Verband verbessert werden muss

deutlich geworden ist auch, dass es zwar keinen Konsens über Notwendigkeit einer Programmänderung gibt, aber einen Konsens über die „breite“ Interpretation des bestehenden Programms. Es muss eine Vielfalt von Aktionsformen möglich sein, ohne gegenseitige Beschuldigungen und Abgrenzungen, das bedeutet auch ein hohes Maß (höher als in der Vergangenheit!) an gegenseitiger Toleranz

Abschlussdiskussion:

- permanente Programmkommission – Meinungen dazu: gut, Instrument zur Weiterführung der Diskussion VERSUS wäre nur ein weiteres Gremium aus wenigen Leuten, wichtig ist aber jetzt, die Diskussion im gesamten Verband zu führen; Kommission könnte der nächste Schritt sein

- Prozess fortsetzen; zweites Treffen? Anderer Ort? Andere aktivieren? Meinungen dazu austauschen, wenn das Protokoll versendet wird

Für das Protokoll: Cornelia